



Tarifverhandlungen und Beamte Wie passt das zusammen?



Hagen Husgen

Ja, das frage ich mich selbst manchmal, wenn ich meine Post durchstöbere.

Und es gibt nicht Wenige, die damit so ihre liebe Mühe und Not haben - zumindest unter den sächsischen Beamtinnen und Beamten. Anders ist es für mich nicht zu erklären, dass vor und während der Tarifverhandlungen (beispielsweise zur Unterstützung von Kundgebungen und Warnstreikaktionen) viele verbeamtete Kolleginnen und Kollegen nicht so richtig wissen, worum es geht.

Die Beteiligung an solchen Aktionen war, ist und (meine Prognose) bleibt leider sehr dürrig, weil viele keine Verbindung zwischen Tarif und Besoldung herstellt. Zumindest nicht vor und während der Verhandlungen. Später schon!

An dieser Stelle sei noch einmal darauf verwiesen, dass diverse in den Dienststellen kursierende Schreiben zur Unterstützung von Kampfmaßnahmen durch Beamte sich lediglich auf konkrete Streikmaßnahmen beziehen und keinesfalls die Freizeit der Beamtinnen und Beamten betreffen.

Da wird fünf Minuten nach den Verhandlungen des Bundes und der Kom-

munen nachgefragt, wann denn endlich die Erhöhung auf dem Beamten-Konto erscheint. Liebe Kolleginnen und Kollegen: die Polizei wird vom Land bezahlt!

Da wird fünf Minuten nach den Verhandlungen der Länder (das sind wir) nachgefragt, was denn nun endlich mit den Beamtinnen und Beamten passiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen: das Ergebnis zählt erst einmal für die Tarifbeschäftigten!

Auch wenn dies jetzt ein wenig schulmeisterlich klingt ... es soll der Aufklärung dienen und uns als Funktionären auch ein klein wenig die Arbeit erleichtern (es darf auch mal an die eigenen Reserven gedacht werden).

Als Ergebnis darf konstatiert werden: ja, es passt alles irgendwie zusammen:

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen des Bundes und der Kommunen (letztmalig 2016) dient als Wegweiser für die immer im darauffolgenden Jahr stattfindenden Tarifverhandlungen der Länder (März 2017).

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Länder wiederum ist ausschlaggebend für die Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Finanzminister, um dieses auf die Beamtenbesoldung (und selbstverständlich auch auf die Pensionäre) zu übertragen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird dann in ein Gesetz „gegossen“ und dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt.

Ein Prozedere, welches alles andere als einfach ist.

Als Gewerkschaft der Polizei sitzen wir persönlich mit am Tisch des Finanzministers, als einzige Fachgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich denke, dass wir schon darauf stolz sein können und auch sollten, da hiermit die Fach- und Sachkompetenz unserer Organisation eine entsprechende und vor allem auch gerechtfertigte Anerkennung findet.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es in diesen Verhandlungen um Beamte

der Besoldungsgruppen ab A 4, selbstverständlich auch um Beamte aller Besoldungsgruppen der Polizei, aber auch um die Richter und Staatsanwälte geht. Dementsprechend heiß geht es natürlich in diesen Verhandlungen her. Nicht zu vernachlässigen ist auch der Fakt, dass wir uns als Beamte nicht über die Tarifbeschäftigten stellen sollten. Denn auf der einen Seite sind gerade sie diejenigen, die den ausschlaggebenden Anfang für uns alle machen und sich in den Kampf um mehr Geld hineinknien und auf der anderen Seite sind sie für unsere Arbeit unverzichtbar.

Doch warum ist das denn so schwierig?

Es ist doch ganz einfach, die Tarifierhöhung für die Jahre 2017 (zum 1. Januar 2017: 2,0 Prozent) und 2018 (zum 1. Januar 2018: 2,35 Prozent) auf die Besoldungstabellen draufzuschlagen. Mit Excel geht das doch ganz schnell!

Ja, das würde durchaus schnell gehen (vorausgesetzt, dass die sächsischen Politiker auch so schnell bei der Gesetzesvorlage wären). Ein Computerprogramm fragt nicht nach Recht und Gesetz und wird auch nicht vor den Kadi geschleift. Doch für handelnde Personen sieht das schon anders aus.

Gerade erst im vergangenen Jahr haben wir die Odyssee bezüglich der Bereinigung der Unteralimentation durch. Aufgrund der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. Mai 2015 und 17. November 2015 kam es zu notwendigen Nachzahlungen und zur Anhebung der Alimentation ab dem 1. Juli 2016. Eine Errungenschaft (nur zur Erinnerung), die in den anderen Bundesländern so nicht erreicht wurde.

Doch wer das Eine will, muss das Andere mögen!

Diese Beschlüsse und die daraufhin erfolgten Konsequenzen für die Besoldung der sächsischen Beamtinnen und

Fortsetzung auf Seite 2



Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Mai 2017**, war der **31. März 2017**, für die Ausgabe **Juni 2017** ist es der **5. Mai 2017** und für die Ausgabe **Juli 2017** ist es der **2. Juni 2017**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Beamten werden in den jetzigen Verhandlungen zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2017/2018 fortgeschrieben. Das bedeutet im Klartext, dass die vom BVerfG damals aufgestellten (und für uns positiv ausgelegten) Parameter auch weiterhin beachtet werden müssen.

Zur Erinnerung: neben den Parametern Nominallohn, Verbraucherpreise, Abstandsgebot und Quervergleich Bund/Länder muss auch der Vergleich zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten einer verfassungsmäßigen Kontrolle unterzogen werden. Auf Deutsch: bekommen Tarifbeschäftigte mehr, so muss auch die Beamtenbesoldung im gleichen Maßstab mithalten!

Und genau da liegt das Problem!

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Länder 2017 reduziert sich ja nicht auf die oben angesprochene lineare Entgelterhöhung um 2 bzw. 2,35 Prozent. Weitere Ergebnisbestandteile sind auch die soziale Komponente (Mindestenerhöhung um 75 EUR) und die Einführung einer neuen Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15. So profitieren (gewollt) verschiedene Personengruppen ganz unterschiedlich vom diesjährigen Abschluss.

Wie sollen diese Ergebnisse aber auf die Beamtenbesoldung übertragen werden, wenn die eben dargestellten anderen Parameter (z. B. Abstandsgebot) parallel eingehalten werden müssen? Ein Dilemma, welches es in den Verhandlungen zu diskutieren, analysieren und letztendlich aufzulösen gilt.

Werden all diese Überlegungen außen vor gelassen, sehen wir uns in Kürze wieder vor den Gerichten. Und das will keiner von uns! Jahrelange Streitigkeiten, die nicht nur Zeit, sondern auch Nerven und auch finanzielle Mittel verschlingen würden.

Seit 2006 hat ja in Deutschland bekanntlich der Föderalismus Einzug gehalten. Jedes Land ist seitdem eigenständig für die Besoldung und Versorgung zuständig.

Dementsprechend sieht auch der Wirrwarr bezüglich der Übernahme des Tarifergebnisses in den verschiedenen Bundesländern aus.

Sachsen hält sich an die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes und versucht, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine annehmbare Lösung zu finden. Andere Länder halten sich nicht daran oder (was noch schlimmer er-

scheint) kennen die Inhalte nicht oder nur ungenügend.

Durch die sächsische Selbstbindung an die richterlichen Sprüche stellt sich erst gar nicht die Frage nach der Übernahme der linearen Erhöhung - sie ist selbstverständlich und wird als richterlich „verordnet“ angesehen. Schon dies ist ein Erfolg, wenn man sich das Gebahren in anderen Ländern ansieht. So werden von den prozentualen Erhöhungen 0,2 Prozent für die Versorgungsrücklage abgezogen. So werden die Prozente gleich einmal von vornherein gekürzt. So werden die Zahlungen sowohl 2017 wie auch 2018 gleich mal um mehrere Monate hinausgeschoben. All dies wird in Sachsen nicht der Fall sein.

Natürlich muss gerechterweise auch gesagt werden, dass es auch Ausreißer nach oben gibt, die den Beamten ein weiteres Zubrot gewähren.

Wir müssen und wollen uns aber nicht mit anderen vergleichen, die Abstriche machen oder eine Scheibe mehr drauflegen. Wir sind hier in Sachsen, wir sind der Landesbezirk Sachsen und wir kämpfen für unseren eigenen Weg. Auch wenn dieser Weg manchmal schmerzhaft ist und lange dauert - doch am Ende zählt das Ergebnis.

Genau deswegen sitzen wir ja am Verhandlungstisch und kämpfen für das Machbare in Sachsen!

Die Verhandlungsparteien versuchten noch vor Ostern, ein verfassungskonformes und für alle akzeptables Ergebnis zu erreichen. Ob dies gelungen ist, wird der werthe Leser im günstigen Fall bereits zwischen dem Redaktionsschluss und dem Erscheinen dieser Zeitschrift erfahren haben. Im ungünstigen Fall gibt es noch immer keine Entscheidung.

Leider ist es so, dass auch in Sachsen finanzmäßig auf hohem Niveau gejammert wird und somit das Finanzvolumen bei der Lösungsfindung immer irgendwo als endlich erklärt wird. An einer Ecke fehlt es immer, gerade bei der Berücksichtigung der Belange der Beschäftigten.

Und deswegen muss damit gerechnet werden, dass nicht alle Beamtinnen und Beamten (oder auch Versorgungsempfänger) in allen Altersgruppen, in allen Erfahrungsstufen oder in allen Besoldungsgruppen gleichermaßen von der Besoldungserhöhung profitieren.

Zur Klarstellung: Das ist auch bei den Tarifbeschäftigten nicht anders!

Dazu kommt, dass sich ein komplet-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (v.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LEITARTIKEL

ter Vergleich zwischen Tarif- und Beamtenrecht von selbst verbietet, da es sich um zwei vollkommen unterschiedliche Systeme (z. B. Entgelt/Besoldung oder Rente/Pension) handelt. Diese Systeme können nicht ohne weiteres eins zu eins übertragen werden. Die Tarifparteien haben den Charme und die Freiheit, sich in Verhandlungen auf Ergebnisse zu einigen. Bei der Übernahme des Ergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger sind jedoch Gesetze und vor allem seit 2015

die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zu beachten.

Nach dem Motto „Gebranntes Kind scheut das Feuer!“ ist der sächsische Finanzminister in diesem Punkt sehr eigen und verfolgt konsequent seinen Weg. Doch diesen müssen wir nicht unbedingt gemeinsam gehen. An dieser Stelle darf sich jeder von uns selbst ein Bild machen, welcher Weg der richtige ist.

Ich verstehe, wenn der Eine oder Andere aufgrund der Komplexität we-

nig damit anfangen kann und ihm diese ganze Diskussion „Rille“ ist, doch ich kann nur dafür plädieren, die (zähen) Verhandlungen abzuwarten, der eigenen Gewerkschaft zu vertrauen und Verständnis dafür aufzubringen.

Ich persönlich versichere, das Bestmögliche für unsere Kolleginnen und Kollegen zu unternehmen, so dass wir auch in Zukunft nicht weiter (bzw. wieder) von der Entwicklung abgekoppelt werden. Fortsetzung folgt in der Juli-Ausgabe. **Euer Hagen Husgen**

BEZIRKSGRUPPE ZWICKAU**Einladung zum Seniorentreff**

Liebe Kolleginnen und Kollgegen, die Seniorenbeauftragte mit ihren Vertreterinnen der Bezirksgruppe Zwickau lädt

am 3. Mai 2017, um 15.00 Uhr in die Jugendherberge Plauen – ehemals Feuerwache – Neundorfer Straße 3, 08523 Plauen und am 4. Mai 2017, um 15.00 Uhr, in das Vereinsheim „Gartenanlage Schreiberfreun-

de“ Zwickau – Pölbitz, Am Pölbitzer Kirchsteig zur ersten Zusammenkunft herzlich ein.

Um eine zahlreiche Teilnahme wird gebeten. Wir bitten auch um Rückmeldung per E-Mail oder telefonisch an

Sigrid Ginter: r-ginter@t-online.de
Tel.: 037204 80519

Viola Schrapps: viola.schrapps@polizei.sachsen.de
Tel. dienstl.: 03741 142666

Zu diesen Terminen lernt Ihr Eure neuen Seniorenansprechpartnerinnen kennen, es werden Informationen ausgetauscht und wir sind an Vorschlägen für die Reiselustigen interessiert!

Sigrid Ginter

FRAUENGRUPPE**Frauentag in einem Land vor unserer Zeit**

Am 10. März 2017 war es mal wieder soweit ... die Frauengruppe der GdP Sachsen lud engagierte Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März als Dankeschön für ihre aktive Arbeit im Bereich der Gewerkschaft ein.

Dazu ging es auf Reise zu den Wikingern in das Lager „Am Tännicht“ in Pirna-Graupa.

Dabei handelt es sich um eine Künstlerwerkstatt, in der man bei einem Kreativ- Workshop schmückendes Beiwerk selbst kreieren und erschaffen kann. Somit sind es dann Unikate aus erlesenen Materialien (meist Steine – Mineralien).

An diesem Nachmittag empfing uns Wikinger Hans in seinem Lager. Zur Einstimmung bei Kaffee und Kuchen erzählte er über sein Leben und Wirken und gab einen ersten Vorgeschmack auf das, was da noch kommen möge ...



Die Atmosphäre im gesamten Lager soll der Stärkung von Körper, Geist und Seele dienen.

Somit starteten wir völlig entspannt in die Bastelei ... ob selbst Hand angelegt oder nur selbst ausgesucht, es fand sich für jeden etwas.

Am Ende des Kreativseins schloss sich das Speisen in der Räuberhöhle an.

... Du sitzt oder liegst auf Wikinger-Holz-Steckmöbeln, weich auf Schaf- und Ziegenfell, futterst Fleisch vom heißen Stein oder vom Holzfeuer mit Feldgemüse aus dem Eisentopf und frisch gebackenem Brot.

Schlürfst leckeren Met und anderes Gesäufe aus Trinkhörnern und lässt die Seele baumeln. Geschlemmt wird authentisch aus und mit Geschirre der alten Zeit ...

... zu Eurem Wohle und auf Eure Gesundheit ...

Zu vorgerückter Stunde verließen wir Hans zufrieden, erholt und mit neuer Lebensenergie und betteten unsere müden Häupter auf unserem Nachtlager.

Wir hoffen, dass es allen gefallen hat und freuen uns auf das nächste Jahr vielleicht wieder an einem außergewöhnlichen Ort.

Anja Kattner



Heil euch, brave Karrenschieber...¹ Teil 3

Der Autor möchte die essentielle Freiheit des autonomen Geistes betrachten und auf die einhergehende Verantwortung gerade im Hinblick auf die neuzeitlichen Probleme verweisen.

Was bleibt...

... ist - wie Nietzsche es beschreibt - das ewige Drama der Welt zwischen Apollo und Dionysos⁴⁹, in welchem Apollo für die Ordnung und das Maßvolle, Dionysos aber für die Leidenschaft und Triebe steht. Hierbei spielt die Vernunft aber die „Rolle, uns zu der Erkenntnis zu befähigen, dass viele unserer Triebe irrational, deswegen aber kein bisschen weniger mächtig oder von Wert sind“⁵⁰. Es gilt somit eine Position zu vertreten, die mit den Prinzipien des Gerechtigkeits sinnes übereinstimmt und entsprechend unerlässlich ist, um die Stabilität unserer Gesellschaften zu gewährleisten.

Dazu stellt der deutsche Philosoph Michael Schmidt-Salomon in seinem Buch „Manifest des Evolutionären Humanismus“⁵¹ zehn Angebote vor, bei denen es einem Jeden überlassen ist, „diese (...) angstfrei und rational zu überprüfen, sie anzunehmen, zu modifizieren oder gänzlich zu verwerfen“. Erwähnenswert sind hierbei die folgenden Punkte:

- Habe keine Angst vor Autoritäten, sondern den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!
- Befreie dich von der Unart des Moralisierens.
- Sei dir deiner Sache nicht allzu sicher! Zweifle aber auch am Zweifel!
- Überwinde die Neigung zur Traditionsblindheit.

Diese Ansätze sollten helfen den eigenen Blick freizumachen für alle Perspektiven unserer wechselhaften Welt. Im Sinne einer souveränen Urteilsfähigkeit sollte ein jeder skeptisch bleiben gegenüber der machtvollen inquisitorischen Logik diverser Ideologien und deren verselbstständigter No-Go's: Du sollst dran glauben oder du wirst dran glauben. Wenn man mit offenen Augen durch die Welt schreitet erfasst man unschwer die nicht schwindende Aktualität von Nietzsches Klage gegen die „braven Karrenschiebern“. Dazu einige Bemerkungen zum Stand der Dinge beliebigen Ursprungs - und dabei „prüft euch nur, ob ihr gerecht sein könntet, wenn ihr es wolltet!“⁵²:

- „Das Grundproblem der repräsentativen Demokratie lässt sich folgendermaßen beschreiben: Bürger treten ihr Recht zu regieren freiwillig ab. Sie übertragen diese schwierige und zeitraubende Arbeit professionellen Politikern. Diese Berufspolitiker wiederum werden nicht wegen ihrer Qualifikationen ausgewählt, sondern aufgrund ihrer Loyalität als Parteimitglieder. Die Bürger finanzieren also politische Söldner, im Austausch gegen Freiheit (...).“⁵³
- Egal ob man bei der sog. Vertragstheorie Thomas Hobbes oder später Jean-Jacques Rousseau folgt, der Punkt ist, dass dieses Gedankenexperiment die Legitimierung einer Staatsmacht zu erklären versucht: kurz gesagt, geben die Bürger einen Teil ihrer Souveränität an den Staat ab, welcher im Umkehrschluss gewisse Sicherheiten und Rechte garantiert. Doch was passiert, wenn der Staat seine ureigenste Aufgabe - nämlich die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten - nicht mehr erfüllt?
- „In Frankreich protestieren Polizeibeamte gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Vorgesetzte: (...) Viele Polizisten seien schlicht empört und verzweifelt, fühlten sich wie Kanonenfutter verheizt von einer zynischen Hierarchie, der die Arbeitsbedingungen von Polizisten im Außeneinsatz völlig gleichgültig seien. (...) Vorgesetzte gäben sinnlose Befehle, die lediglich darauf abzielten, die Statistiken zu verbessern und nicht die Sicherheit, lautet eine weitere Kritik.“⁵⁴
- „Ein Maulkorb für Schwedens Polizei: Die Beamten dürfen Verbrechen von Ausländern nicht öffentlich machen. Die schwedische Polizei musste (...) zugeben, dass sie bereits im Sommer der Jahre 2014 und 2015 Dutzende sexuelle Übergriffe von Ausländern auf Schwedinnen bei Musikfestivals in Stockholm vertuscht habe. Das Verschweigen unangenehmer Wahrheiten (...) hat zu Unmut in der Bevölkerung geführt und die Stimmabgabe für dubiose populistische Parteien sicher gefördert.“⁵⁵
- „Der deutsche Rechtsstaat, geschwächt durch politische Fehl- und Nicht-Entscheidungen, lässt sich schon viel zu lange zum Narren halten und bietet falsche Anreize zu-

hauf. Die Polizei verzweifelt mitunter an ihrer eigenen Hilflosigkeit. Die virtuose Ausnutzung der Asylgesetzgebung und die zaghafte Abschiebep Praxis gestattet es zu vielen Menschen zu lange illegal hierzubleiben. Nicht selten sind es gerade gut integrierte, steuerzahlende Migranten, die sich offen fragen, ob dieses Land mit seiner ins Selbstzerstörerische abdriftenden falschen 'Toleranz' noch ganz gescheit ist.“⁵⁶

- Polizeibesetzte wenden sich von etablierten Parteien ab. Die Stimmung bei der Polizei droht zu kippen, warnt Hessens GdP-Chef. (...) Personalmangel und mehr Aufgaben bei fehlender Wertschätzung; die in Deutschland einzigartig schlechte Lohnentwicklung bei ständig wachsenden Aufgaben und einen riesigen Überstundenberg nennt er als Gründe für diese Entwicklung.“⁵⁷
- „Wie Innenminister Ulbig Kritiker mundtot machen will: In Sachsen übt (...) Professor [Dieter Müller] der Polizeihochschule Kritik an Innenminister Ulbig (...) sagt öffentlich Sätze wie 'Bei der Polizei ist Ehrlichkeit oft ein Hindernis für die Karriere'“⁵⁸.
- Für Lawrence Lessig „ist die politische Einflussnahme weniger Großspender mittlerweile so groß, dass die USA in keinem plausiblen Sinn mehr eine repräsentative Demokratie ist seien. Dem würde auch (...) Raymond Geuss zustimmen, denn 'faktisch sind die existierenden politischen Systeme Herrschaftsinstrumente unserer Wirtschaftselite geworden'“.
- „(...) die systematische Lüge (...) findet sich nicht nur im Totalitarismus, sondern auch in demokratischen politischen Ordnungen. Als Beispiel nennt Arendt hier die amerikanische Propaganda während des Vietnamkrieges. Ihre Funktion ist es, Arendt zu folge, die Urteilsfähigkeit von Bürgern zu neutralisieren.“⁵⁹
- Yanis Varoufakis kritisiert die unprotokollierten „Schattenmeetings“ im Vorfeld großer internationaler Polit-Treffen. Er findet, „dass jeder Bürger Europas das Recht hat zu wissen, was sein Finanzminister in seinem Namen an diesen Meetings sagt. Seit wann ist Transparenz ein Hindernis für einen demokratischen Prozess?“⁶⁰
- „Was genau war der Hintergrund der Gefährdung? Was hätte passieren



LESERZUSCHRIFT

können? (...) Verstehen Sie bitte, dass ich darauf keine Antwort geben möchte. Warum? Teile dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern (...)“⁶¹

- „Es ist wirklich so weit gekommen, dass die Bezeichnung ein guter Mensch nicht verdient, wer nicht regelmäßig heuchelt, so wie er regelmäßig saubere Kleider trägt.“⁶²
- „Das Buch Mein Kampf“ wurde unter Verschluss gehalten, weil man offensichtlich den Bürgern politische Verführbarkeit unterstellte. Zensur aber ist das zentrale Kennzeichen autoritärer Regierungen. Eine demokratische, plurale und liberale Gesellschaft setzt hingegen das Vertrauen in die Denk- und Politikfähigkeit seiner mündigenden Bürger zwingend voraus.“⁶³
- „Dieses und viele andere Opfer würde es nicht geben, wäre unser Land auf die Gefahren vorbereitet gewesen, die mit massenhafter Zuwanderung immer verbunden sind. Und während Angehörige trauern und Opfer unsägliches Leid erfahren, schweigen die Vertreter der „Willkommenskultur“. Kein Wort des Mitgefühls, nirgends Selbstzweifel, nur arrogantes Beharren auf der eigenen edlen Gesinnung. Die grausame Seite dieser Politik wird abgewälzt auf die Opfer und auf eine seit Jahren kaputt gesparte Polizei und Justiz. Und so wachsen die Gefahren für unser Land beständig.“⁶⁴
- „Vier junge Männer missbrauchen in Hamburg-Harburg eine betrunkene 14-Jährige, ein anderes Mädchen filmt das Verbrechen und gibt Regie-Anweisungen. Schließlich lassen sie die spärlich bekleidete Jugendliche besinnungslos bei Temperaturen um den Gefrierpunkt in einem Hinterhof zurückerück. Vier Jahre in Haft muss nur der einzige erwachsene Angeklagte, ein 21-Jähriger Serbe. Die Strafen mögen der Öffentlichkeit milde erscheinen“, sagt der Vorsitzende Richter (...). Doch die Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren hätten glaubhafte Geständnisse abgelegt, sich reumütig gezeigt und hätten gute Sozialprognosen.“⁶⁵ Diese Begründungen kennt jeder Beamte nur zu gut. Doch ohne entsprechende Urteile der Justiz bleibt die Polizei ein zahnloser Papiertiger. Hier darf durchaus auf den sog. Schiefe-Bahn-Effekt⁶⁶ hingewiesen werden.
- „Die Freiheit des Anis Amri und die

Unfreiheit der Bürger: (...) Der ganze Ablauf, das Wissen um die Gefährlichkeit, die Überwachung und ihre Einstellung, die Hilflosigkeit der Behörden - das alles kennt man schon aus Frankreich. (...) Die Behörden waren auch dort umfassend informiert, haben die Männer abgehört und überwacht, nicht gefunden, was sie suchten, und aus der Überwachung entkommen lassen. (...) Das alles geht in Deutschland. Politiker fordern jetzt von den Bürgern Gelassenheit (...) Denn als Bürger dieses Landes glaubt man gar nicht, was alles geht, wenn man nicht einfach nur schwarzfährt, seine Knöllchen nicht bezahlt, GEZ-Zwangsabgaben verweigert oder ähnliche Taten begeht, die einen hierzulande wirklich ins Gefängnis bringen können.“⁶⁷

Solche Verhältnisse hat die Geschichte schon zugelassen - durchaus mit unschönem Ende. Schopenhauer meint, dass „statt als Äquivalent der Sünden eine künftige Hölle zu fabeln (...) [dort] wo die Schuld liegt, in der Welt, auch schon etwas Höllenartiges sei“⁶⁸. Wenn wir also schon früh gewisse Konzepte (Political Correctness, Obrigkeitshörigkeit etc.) im Denken anlegen und so die Saat für die „braven Karrenschieber“ legen, brauchen wir uns - in Anlehnung an Sigmund Freud - über „den betrübenden Kontrast zwischen der strahlenden Intelligenz eines gesunden Kindes und der Denkschwäche des durchschnittlichen Erwachsenen“ nicht wundern und ergänzend fragen, ob es so ganz unmöglich wäre, dass gerade die ideologische Erziehung ein großes Teil Schuld an dieser relativen Verkümmern trägt?⁶⁹

Die amerikanische Philosophin Seyla Benhabib fordert folgerichtig Streitgespräche, „in denen übernommene Normen, Begriffe und Rechtsauffassungen kritisiert und verteidigt, zitiert und variiert werden“⁷⁰. Der Artikel endet mit der Motivation des österreichischen Künstlers Martin Kunze für sein Projekt MOM: „(...) wenn man sich in tausenden Jahren an das 21. Jahrhundert erinnern wird, wird man nicht mit dem besten Gedanken daran denken. Und für mich ist es wichtig, dass man sieht, dass wir nicht alle bescheuert waren (...)“⁷¹ sowie mit einem treffenden Zitat Voltaires: „Eines Tages wird alles gut sein, das ist unsere Hoffnung. Heute ist alles in Ordnung, das ist unsere Illusion“.

Thomas Ullmann

Anmerkungen

- Friedrich Nietzsche: „Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“, 1872.
- Peter Watson: „Das Zeitalter des Nichts“, 2016.
- 2006.
- Friedrich Nietzsche: „Unzeitgemäße Betrachtungen“, 1873-1876.
- Aus Roger Berkowitz Artikel „Die Ohnmacht der Demokratie“, Philosophiemagazin Sonderausgabe: „Hannah Arendt“, 2016.
- <http://www.handelsblatt.com/politik/international/sicherheit-in-frankreich-sinnlose-befehle-fuer-die-statistik/14715946-2.html> (21.10.2016). Auslöser dafür war ein brutaler Brandanschlag: Am helllichten Tag hatte rund ein Dutzend Vermummter Brandsätze auf zwei Polizeiwagen geworfen und die Beamten am Aussteigen gehindert. Sie sollten bei lebendigem Leibe verbrennen.
- <https://www.abendblatt.de/meinung/article208988085/Ein-Maulkorb-fuer-Schwedens-Polizei.html> (15.12.16).
- <https://www.waz.de/staedte/essen/essen-und-der-irrsinn-der-deutschen-migrationspolitik-id209078711.html> (23.12.16).
- <https://www.welt.de/politik/deutschland/article160599160/Polizeibeschaefigte-wenden-sich-von-etablierten-Parteien-ab.html> (26.12.16).
- <https://www.welt.de/politik/deutschland/Wie-Innenminister-Ulbig-Kritiker-mundtot-machen-will.html> (3.4.16) Prof. Dieter Müller hatte eine divergierende Einschätzung der Ergebnisse der Expertenkommission am 20. Januar in der Bild veröffentlicht. Nicht nur, dass Zahlen einfach fehlten, auch die Zahlen aus dem Bereich des Dunkelfeldes wurden nicht beachtet.
- Antonia Grunenbergs Gespräch mit Catherine Newmark wurde im Philosophiemagazin Sonderausgabe: „Hannah Arendt“ veröffentlicht, 2016. Dazu Nietzsche: „Dem Staat ist es nie an der Wahrheit gelegen, sondern immer nur an der ihm nützlichen Wahrheit, noch genauer gesagt, überhaupt an allem ihm Nützlichen, sei dies nun Wahrheit, Halbwahrheit oder Irrtum“ (aus „Unzeitgemäße Betrachtungen“, 1873-1876).
- Yanis Varoufakis in der Fernsehsendung „Sternstunde Philosophie“ vom 24.01.2016.
- Pressekonferenz des Bundesinnenministers Thomas de Maizière nach der Absage des Länderspiels Deutschland gegen die Niederlande am 18. November 2015.
- Fritz Mauthner: „Wörterbuch der Philosophie“, 1910.
- Veröffentlicht im Philosophie Magazin (Ausgabe Oktober/November 2016).
- Rainer Wendt zu dem Mordfall Freiburg. <http://www.bild.de/politik/inland/todesfall/studentin-vergewaltigt-ermordet-49066016.bild.html> (4.12.16)
- <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/urteil-in-hamburg-bewehrungsstrafen-nach-gruppenvergewaltigung-14490146.html> (20.11.16).
- Eine Studie von Francesca Gino (Harvard Business School) und Max Bazerman (Universität von North Carolina) mit 363 Probanden zeigt, dass das Übertreten von Grenzen unter Ignoranz von Moral und Gewissen ein schleicher Prozess ist (aus „Ich denke, also spinne ich“ von Jochen Mai und Daniel Rettig, 2011).
- <http://blogs.faz.net/deus/2016/12/22/die-freiheit-des-anis-amri-und-die-unfreiheit-der-buerger-3969/> (22.12.16).
- Arthur Schopenhauer: „Die Welt als Wille und Vorstellung“, 1819.
- Sigmund Freud: „Die Zukunft einer Illusion - Psychoanalyse, Religionskritik“, 1927. Freud sieht im Originaltext die religiöse Erziehung als mögliche Schuld an der relativen Verkümmern im Sinne der erwachsenen Denkschwäche.
- In ihrem Buch „Die Rechte der Anderen“, 2008. Was keineswegs bedeutet, dass man nicht zum Status quo zurückkehren kann. Nur dann mit dem Vorteil durch eine Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema, dieses bestenfalls zu durchschauen und zu begreifen und nicht einfach nur hinzunehmen.
- In der Sendung „TM Wissen“ von Servus TV.



Ein Rundgang im MDR Landesfunkhaus Sachsen

Am 1. März 2017 führte die Seniorengruppe Dresden-Ost beim MDR eine Besichtigung durch. Im Landesfunkhaus Sachsen auf der Königsbrücker Straße wurden wir von Frau Jacobi in Empfang genommen. Sie ist Mitarbeiterin im Öffentlichkeitsbereich und dem Besucherservice. Frau Jacobi erklärte uns die Strukturen des MDR als Sendeanstalt im mitteldeutschen Raum (Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt) vom Hörfunk und vom Fernsehen. Unser Rundgang begann in der Abteilung, wo die neuesten Nachrichten herausgefiltert werden. Mehrere Mitarbeiter saßen vor ihren PC's und durchforsteten das Internet. Sie bereiten die Nachrichten vor, auch auf unsere Region bezogen. Danach ging es zum MDR Radio. Hier

wurden wir vom Moderator und Nachrichtensprecher Frank Thomas empfangen.

Direkt im Hörstudio konnten wir live miterleben, wie Frank Thomas die Nachrichten für 12.00 Uhr gesprochen hat. Interessant war, dass alles nach Sekunden besprochen wird. So steht es auch auf dem Nachrichtenblatt. Übrigens schreibt Herr Thomas seine Texte selbst. Unsere Visite ging weiter ins Übertragungsstudio des Fernsehens. Hier war gerade Pause. Wenn aber die Regionalsendungen übertragen werden, ist jeder Arbeitsplatz besetzt. Zum Abschluss durften wir in das „Grüne Studio“. Die gesamte Decke war voll mit Scheinwerfern bestückt. Die Wand und der Fußboden waren grün. Von hier aus

werden z.B. die Wetternachrichten übertragen. Wenn die Moderatoren den Wetterverlauf zeigen, ist im Original nichts zu sehen. Die Einblendungen dazu erfolgen über Computerprogramme.

Der Moderator sieht dann die zwei Bilder zusammen über einen Monitor. Er muss dann die Arme beim Zeigen von den Bildern in die entsprechende Höhe nehmen. Damit ging unsere Exkursion zu Ende. Nun sind wir besser informiert, wenn wir die nächsten Nachrichten hören oder uns den Wetterbericht ansehen. Unser Dankeschön geht an Frau Jacobi und Herrn Thomas, die uns diesen informationsreichen Tag nicht so schnell vergessen lassen.

Peter Fink



Foto: Peter Fink, Collage Jana Sanders



VERTRAGSPARTNER

Wichtige Information zu Ihrer Anwartschaft und Pflegeversicherung

Mitglieder der GdP genießen bei SIGNAL IDUNA unschlagbare Vorteile. Und zwar nicht nur während der Ausbildung, sondern auch danach.

Eine GdP-Rahmenanwartschaft (optional im Mitgliedsbeitrag der GdP enthalten) sichert den Zugang zu einer umfassenden und hochwertigen Gesundheitsversorgung. Damit ist der dringend benötigte Krankenversicherungsschutz nach Ende der Heilfürsorge sichergestellt.

Die Aktivierung nach Ende der Heilfürsorge erfolgt unabhängig von einer Veränderung des Gesundheitszustandes, die während der Dauer der Anwartschaft eintreten kann.

Sicherlich ein gutes Gefühl, deshalb gilt nach wie vor: **Nie ohne Anwartschaftsversicherung!**

Aber Achtung! Mit Ende der Aus-



Foto: SIGNAL IDUNA GRUPPE

bildung endet auch die beitragsfreie GdP-Rahmenanwartschaft!

Als ehemaliger Polizeianwärter haben Sie dann die Möglichkeit, innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung der Ausbildung die Anwartschaft besonders beitragsgünstig selbst fortzuführen.

Beantragen Sie die Fortführung in dieser Frist, erfolgt diese ohne Gesundheitsprüfung – ein wichtiger und entscheidender Vorteil, den die SIGNAL IDUNA Gruppe hier bietet!

Prüfen Sie, ob Sie bereits im Besitz einer bedarfsgerechten Anwartschaft sowie einer privaten Pflegepflichtversicherung sind, sonst riskieren Sie den Verlust von Leistungen im Krankheitsfall.

Sprechen Sie doch mal mit Ihrer Polizeiversicherung vor Ort!

Ihre Ansprechpartner:

Jörg Dressler
GdP Landesbezirk Sachsen
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon 035204 - 68710
mobil 0178 - 78 28 639
joerg.dressler@gdp-sachsen.de

LANDESKASSIERER

Beitragsanpassung 2017

Am Abend des 17. Februar 2017 haben die Tarifvertragsparteien in der Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Ergebnis erzielt.

Lineare Entgelderhöhung ab 1. Januar 2017 um 2,0 Prozent (mindestens 75 Euro) und ab 1. Januar 2018 um weitere 2,35 Prozent.

In der Landesvorstandssitzung am 22. März 2017 wurde eine Beitragsanpassung beschlossen, die wie folgt umgesetzt wird:

1. Die Übernahme der Tarifeinigung für Tarifbeschäftigte erfolgt ab dem zweiten Quartal 2017, entsprechend der vorliegenden neuen Beitragstabelle, einsehbar in der Geschäftsstelle oder in den Bezirksgruppen und Kreisgruppen.

2. Die Übernahme der Tarifeinigung und Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger ab dem

Quartal, zu dem die Übernahme folgt. Hier steht aber die Entscheidung des Sächsischen Landtages noch aus. Gespräche zur Umsetzung der Tarifeinigung werden derzeit geführt.

Thomas Pfeil
stellv. Landeskassierer





Dienstlicher Rechtsschutz in ...

... Sachsen

Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes und natürlich erst recht die Polizeibediensteten stehen häufig im Brennpunkt der verschiedensten Ereignisse. Da liegt es in der Natur der Sache, dass Betroffene von belastenden Verwaltungsakten oder von Handlungen des polizeilichen Einschreitens nicht immer mit den gegen sie getroffenen Maßnahmen und damit verbunden mit dem Handeln unserer Kolleginnen und Kollegen einverstanden sind. Außerdem gibt es Mitmenschen, welche keinerlei staatliche Autorität akzeptieren wollen oder Mitbürger, die sich eben einfach nur grundsätzlich immer im Recht fühlen.

Dies führt insgesamt zu einer Vielzahl von Auseinandersetzungen, welche nicht selten erst vor einem Gericht oder zumindest mithilfe eines Juristen zum Abschluss gebracht werden können. Da der Schutz seiner Bediensteten bei ihrer amtlichen Tätigkeit und in ihrer Stellung Anliegen und Verpflichtung des Dienstherrn im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses sein sollte, wurde zur Umsetzung dieses Schutzes extra eine Verwaltungsvorschrift erlassen. In ihr wird die Gewährung von Rechtsschutz für Bedienstete in Straf- und anderen Verfahren geregelt und somit der Fürsorgegrundsatz des § 45 BeamStG vorschriftentechnisch umgesetzt. Selbst die z. B. durch Nacheile oder Auslandsmission möglichen Verfahren außerhalb deutscher Gerichtsbarkeit sind in dieser Vorschrift berücksichtigt. Somit besteht in Sachsen theoretisch eine solide und fundiert ausgestaltete Grundlage für eine konsequente Unterstützung der Bediensteten des öffentlichen Dienstes. Woran sich in den letzten Jahren aber leider recht wenig geändert hat, ist deren praktische Umsetzung. Nach wie vor lässt die äußerst sparsame Anwendung der „möglichen Gewährung eines bedingt rückzahlbaren Zuschusses“ den Eindruck entstehen, dass die Ernsthaftigkeit des Fürsorgegedankens noch ausbaufähig ist.

Klaus Heinze

... Sachsen-Anhalt

Die Gewährung richtet sich nach einem Runderlass vom 16. 6. 1995 (MBI. LSA 1995 S. 1343), geändert am 15. 10. 1997 (MBI. LSA 1997 S. 1838). Voraussetzung für die Gewährung des Rechtsschutzes ist, dass ein dienstliches Interesse an der Rechtsverteidigung besteht, die Verteidigungsmaßnahme nicht mutwillig erscheint, die Verauslagung wegen der Höhe der Kosten für den Bediensteten unzumutbar und Rechtsschutz von anderer Seite nicht zu erlangen ist.

Die Definition dieser Voraussetzungen manifestiert die Nachrangigkeit des Anspruchs mit der Folge, dass erst bei Erfüllung aller Voraussetzungen dem Landesbediensteten ein zinsloses Darlehen für die notwendigen Kosten der Rechtsverteidigung gewährt wird. Die Gewährung von Rechtsschutz u. a. durch Gewerkschaften wird dabei berücksichtigt. Das bedeutet, dass der Betroffene erklären muss, dass er von anderer Stelle keinen Rechtsschutz erlangen kann.

Ist gegen ihn wegen einer dienstlichen Verrichtung oder eines dienstlichen Verhaltens ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, die öffentliche Klage im strafgerichtlichen oder privaten Verfahren erhoben, wird den Betroffenen auf schriftlichen Antrag für die Bestreitung der notwendigen Kosten der Rechtsverteidigung ein zinsloses Darlehen gewährt. Dies ist grundsätzlich zurückzuzahlen. Auf Antrag des Beschäftigten kann unter bestimmten Voraussetzungen auf eine Rückzahlung des Darlehens teilweise oder ganz verzichtet werden.

Erstmalig konnte die GdP 2016 die Gewährung des dienstlichen Rechtsschutzes erreichen. Bisher waren alle Bemühungen in dieser Richtung nicht erfolgreich. Hier sind die Hürden, die für die Gewährung des dienstlichen Rechtsschutzes aufgebaut sind, zu hoch. Allerdings sei auf ein Urteil des OVG MV vom 18. 1. 2016, Az.: 2 L 23/12, verwiesen, dass diese Verfahrensweise als rechtswidrig betrachtet.

Uwe Petermann

... Thüringen

Rechtsschutz kann den Bediensteten gemäß „Runderlass des Innenministeriums über den Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaates Thüringen vom 20. 9. 1994“ gewährt werden. Dieser ist beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales auf dem Dienstweg von den Bediensteten selbst zu beantragen und für jede Instanz neu zu stellen. Nach diesem Erlass wird Rechtsschutz gewährt, wenn ein dienstliches Interesse (aus fürsorgerischen und/oder fiskalischen Gründen) besteht, wegen der Eigenart der Sach- und Rechtslage eine Verteidigungsmaßnahme geboten sein muss und es nach Umständen des Falles anzunehmen ist, dass den Bediensteten keine oder nur eine geringe Schuld trifft. Hinzu kommt weiterhin, dass die vorläufige Übernahme der Kosten dem Bediensteten nicht zugemutet werden kann und kein anderer Rechtsschutz besteht.

Nach Auffassung des Ministeriums ist anderer Rechtsschutz vorrangig in Anspruch zu nehmen. Anträge auf Gewährung von Rechtsschutz durch den Dienstherrn werden abgelehnt, wenn der Antragsteller als Mitglied einer Gewerkschaft von dieser Rechtsschutz erhält. Rechtsschutz durch eine Gewerkschaft rechtfertigt diese Einstellung nicht, da es sich hier um freiwillige Leistung gegenüber den Mitgliedern handelt. Gewerkschaftlicher Rechtsschutz umfasst vielmehr diejenigen Verfahren, für welche behördlicher Rechtsschutz nicht gewährt wird. Die Gewährung des behördlichen Rechtsschutzes entfällt nicht deshalb, weil die Betroffenen Rechtsschutz von anderer Seite erhalten könnten, sondern ergibt sich zwingend aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Lediglich im Zusammenhang mit der „Malta-Masche“ der „Reichsbürger“ wurde betroffenen Bediensteten der Hinweis auf Rechtsschutz hinsichtlich der Prozesskosten gemäß diesem Erlass gegeben. Der behördliche Rechtsschutz bedarf nach Auffassung der GdP dringendst der Nachbesserung.

Monika Pape

